

## 2. Umweltbewußtsein in Deutschland Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 1996

Von Herlind Gundelach, Bonn

### 2.1 Konzeption und Durchführung der Untersuchung

Im Auftrag des BMU wurde auch 1996 eine repräsentative Bevölkerungsumfrage zu Einstellungen der Bevölkerung zu Fragen des Umweltschutzes durchgeführt.

Verantwortlich für die Bearbeitung waren GFM-GETAS (Gesellschaft für Marketing-, Kommunikations- und Sozialforschung mbH, Hamburg), das Institut für Soziologie der Universität Rostock und das Institut für Soziologie der Universität Bern. Die Untersuchung knüpft an vier frühere Erhebungen an, so daß sich zeitliche Veränderungen von Einstellungen zu Fragen des Umweltschutzes nachvollziehen lassen.<sup>1</sup> Eine vertiefende Auswertung der Befragung, die auch die vorhandene sozialwissenschaftliche Forschungsliteratur aufarbeitet und miteinbezieht, bleibt einem analytischen Ergebnisbericht vorbehalten, der Ende 1996 vorliegen wird.

Empirische Grundlage der Untersuchung sind insgesamt 2307 Interviews mit 1095 Bürger aus Westdeutschland und 1212 Bürger aus Ostdeutschland in den beiden Monaten Januar und Februar 1996. Die Ergebnisse der Befragung, die eine durchschnittliche Interviewzeit von einer Stunde pro Person erforderte, sind repräsentativ für die Bevölkerung in West- und Ostdeutschland. Altersmäßig beschränkte sich die Erhebung auf Personen ab dem 18. Lebensjahr sowie auf die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die Interviewzeit von einer Stunde erwies sich als problemlos, nicht zuletzt weil das Thema der Umfrage bei der großen Mehrheit der Befragten auf großes Interesse stieß.

Die inhaltlichen Themenfelder der Umfrage lassen sich folgenden neun Bereichen zuordnen: (1) wahrgenommene Umweltbelastungen im persönlichen Lebensumfeld, (2) ökologische Werthaltungen und Umweltbewußtsein, (3) Einstellungen und Verhalten im Bereich »Einkaufen/Konsum«, (4) Einstellungen und Verhalten im Bereich »Müll/Recycling«, (5) Einstellungen und Verhalten im Bereich »Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt«, (6) Einstellungen und Verhalten im Bereich »Auto/Verkehr«, (7) Umweltwissen in der Bevölkerung, (8) öffentliches Engagement für Belange des Schutzes von Umwelt und Natur, sowie (9) Umweltpolitik mit einer Einschätzung der Akteure, der gesetzlichen Regelungen und verschiedener Umweltschutzmaßnahmen.

<sup>1</sup>Die früheren Erhebungen wurden in den Jahren 1991, 1992, 1993 und 1994 vom Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS, Mannheim) durchgeführt. Neben einer beträchtlichen Erweiterung und Modifikation der Inhalte der Befragung besteht ein wesentlicher Unterschied der vorliegenden Studie zu den früheren IPOS-Erhebungen darin, daß sowohl in West- als auch in Ostdeutschland mündliche Befragungen erfolgten; die IPOS-Studien 1991 - 1994 stützten sich in Westdeutschland auf telefonische Interviews, während in Ostdeutschland mündliche Befragungen zum Zuge kamen. Die Umfrage wird seit 1994 nur noch alle 2 Jahre durchgeführt.



## 2.2 Umweltverhältnisse in Deutschland

**2.2.1** Die allgemeine Einschätzung, ob die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland eher gut oder eher schlecht sind, hat sich im Zeitraum von 1991 bis 1996 erheblich geändert: Im Jahr 1991 waren nur 4% der ostdeutschen Befragten der Meinung, die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland seien gut oder sehr gut, im Jahr 1996 sind es 51%. Auch die westdeutschen Befragten schätzen die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland nun besser ein; das Urteil »gut bzw. sehr gut« stieg jedoch nur von 3% auf 12%. Als Erklärung läßt sich hier wohl anführen, daß die Verhältnisse in den neuen Ländern bei der westdeutschen Bevölkerung weniger bekannt sind und daß Verbesserungen im eigenen Umfeld subjektiv offensichtlich besser wahrgenommen werden als dort, wo von einem relativ hohen eigenen Niveau aus geurteilt wird.

Weniger Bewegung ist bei der Einschätzung der Umweltverhältnisse in Westdeutschland zu konstatieren: Die Umweltverhältnisse in Westdeutschland werden von den Befragten im Westen und Osten nach wie vor - wenn auch nunmehr geringfügig - besser eingeschätzt als die Umweltverhältnisse in Ostdeutschland. Der Blick vom Osten in den Westen ist jedoch tendenziell kritischer geworden: 1991 waren 77% der Befragten der Meinung, daß die Umweltverhältnisse in Westdeutschland »gut bzw. sehr gut« seien; 1996 waren es nur noch 53%.

**2.2.2** Die Anteile der Befragten, die für die letzten fünf Jahre »große Fortschritte« in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes sehen, sind zum Teil hoch. So sehen z.B. 39% der Westdeutschen und 57% der Ostdeutschen große Fortschritte bei der Reinheit der Gewässer; 30% bzw. 38% große Fortschritte bei der Energie-Einsparung und 25% bzw. 51% große Fortschritte bei der Sauberkeit der Luft. Der Bereich, in dem große Fortschritte am seltensten gesehen werden, ist der Klimaschutz.

**2.2.3** In einem Spektrum von sieben gesellschaftspolitischen Problemfeldern werden politische Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes von den Befragten in Westdeutschland auf den dritten Rang (hinter Arbeitslosigkeit und Kriminalität) und von den Befragten in Ostdeutschland auf den vierten Rang (hinter Arbeitslosigkeit, Kriminalität und dem Erhalt des Sozialstaates) plazierte. Damit deutet sich an, daß im Vergleich zu Erhebungen Anfang der 90er Jahre der Umweltschutz in seinem Stellenwert geringfügig zurückgegangen ist.

## 2.3 Umweltbelastungen im persönlichen Lebensumfeld

**2.3.1** Vom Straßen- und Autoverkehr ausgehende Belästigungen bilden den Schwerpunkt wahrgenommener Umweltbelastungen im persönlichen Lebensumfeld. In Westdeutschland fühlen sich in ihrem eigenen Wohnumfeld 12% stark vom Straßenverkehrslärm und 14% stark von Autoabgasen belästigt; die entsprechenden Prozentwerte in Ostdeutschland belaufen sich auf 22% und 19%. Bei der Belästigung durch Straßen- und Fluglärm deutet sich im Zeitverlauf ein gewisser Rückgang an.

**2.3.2** Im Lichte ergänzender Charakterisierungen der Wohngegend zeigt sich durchgehend eine schlechtere »Umweltqualität« in Ostdeutschland. Trotz vorhandener Beeinträchtigungen der Umweltqualität in der Wohngegend führt dies aber nur in wenigen Fällen dazu, daß tatsächlich Unzufriedenheit artikuliert wird: 6% der Befragten im Westen und 7% im Osten geben an, daß sie eher unzufrieden bzw. überhaupt nicht zufrieden mit der Umweltsituation in ihrer Wohngegend sind.



## 2.4 Ökologische Werthaltungen und Umweltbewußtsein

2.4.1 Ökologische Werthaltungen wurden auf den drei Dimensionen »Natur/Kreatur versus Mensch«, »Ökologie versus Ökonomie« und »Mißtrauen in Wissenschaft und Technik« erfaßt. Dabei ergibt sich, daß in der Bevölkerung durchaus unterschiedliche Positionen vertreten werden und daß ökologische Wertüberzeugungen keineswegs allgemein durchgesetzt sind. So vertreten z.B. jeweils 27% der Befragten im Westen und Osten nach wie vor die Position, daß Wissenschaft und Technik viele Umweltprobleme lösen werden, ohne daß wir unsere Lebensweise ändern müssen. Vor allem mit Blick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen werden im Osten - im Vergleich zum Westen - ökonomische Belange stärker akzentuiert als ökologische Belange.

2.4.2 Das allgemeine Umweltbewußtsein (definiert als Einstellung) ist, was auch schon viele andere Studien belegt haben, zunächst einmal relativ hoch. Die Bevölkerung ist angesichts der Umweltprobleme in hohem Maße beunruhigt. So sind z.B. 64% im Westen und 67% im Osten der Meinung, daß die Erde - bei unveränderter Lebensweise - trotz wahrgenommener Verbesserung in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes - auf eine Umweltkatastrophe zusteuert. Geht es jedoch um Verhaltensanforderungen an die eigene Person, wie etwa um eine Einschränkung des derzeitigen Lebensstandards oder um umweltbewußtes Verhalten mit höheren Mühen und Kosten, sinken die Zustimmungsqoten deutlich ab. Während die Befragten ihr eigenes »Umweltverhalten« in einem recht positiven Licht sehen, wird das Verhalten «des größten Teils der Bevölkerung«, also der »anderen«, sehr viel kritischer eingeschätzt.

2.4.3 Zusammengefaßt läßt sich sagen: Frauen haben ein höheres Umweltbewußtsein als Männer. Jüngere Personen und Personen mit höherer Schulbildung erreichen höhere Werte. In Abhängigkeit von der Parteipräferenz zeichnen sich vor allem Wähler/Wählerinnen von Bündnis 90/Die Grünen durch ein überdurchschnittliches Umweltbewußtsein aus.

## 2.5 Einstellungen und Verhalten im Bereich »Einkaufen/Konsum«

2.5.1 Neben ökologischen Werthaltungen und dem allgemeinen Umweltbewußtsein wurden in der Befragung bereichsspezifische Einstellungen erhoben. Das im ersten Zugriff relativ stark ausgeprägte ökologische »Konsumbewußtsein« sinkt dann deutlich ab, wenn es um höhere Preise für umweltfreundliche Produkte geht. 37% der Befragten im Westen und 27% im Osten signalisieren die Bereitschaft, höhere Preise für Produkte zu zahlen, die weniger umweltbelastend sind. Insgesamt sind umweltorientierte Konsumeinstellungen im Westen stärker verbreitet als im Osten, bei Frauen stärker als bei Männern, bei jüngeren Befragten stärker als bei älteren Befragten und bei Personen mit höherer Schulbildung stärker als bei Personen mit niedrigerer Schulbildung.

2.5.2 Auf der Verhaltensebene sind die Ergebnisse unterschiedlich, je nachdem welches Verhalten konkret betrachtet wird. Dazu drei Beispiele: 51% der Befragten im Westen und 30% im Osten geben an, daß sie beim Einkauf auf Produkte mit dem Blauen Engel achten; die Bereitschaft, für Produkte mit dem Blauen Engel mehr Geld auszugeben, hat sich jedoch seit Anfang der 90er Jahre verringert. Daß Getränke wie Bier, Mineralwasser und Fruchtsäfte stets in Pfandflaschen gekauft werden, wird von 57% im Westen und 46% im Osten angegeben. 32% im Westen und 35% im Osten haben noch nie von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Verpackungsmaterial im Geschäft zurückzulassen.



**2.5.3** Insgesamt bringen damit die Differenzierungen nach demographischen Merkmalen recht gemischte Befunde. Mit Blick auf das Geschlecht kann man - am ehesten den westdeutschen Frauen ein Einkaufs- und Konsumverhalten bescheinigen, das verstärkt Umweltbelange berücksichtigt. Beim Alter und zum Teil auch bei der Schulbildung deutet sich ein gewisser Konflikt an, der uns auch in den folgenden Kapiteln noch wiederholt begegnen wird: Auf der einen Seite ist das allgemeine und bereichsspezifische Umweltbewußtsein von jüngeren Personen und Personen mit höherer Schulbildung überdurchschnittlich stark ausgeprägt, auf der anderen Seite haben gerade diese beiden Gruppen einen Konsum- und Lebensstil entwickelt, der sich mit dem deklarierten Bewußtsein nur schwer vereinbaren läßt.

## **2.6 Einstellungen und Verhalten im Bereich »Müll/Recycling«**

**2.6.1** Abfall bzw. Recycling sind ein Thema, das im Westen und stärker noch im Osten stark emotional besetzt ist. 49% der West- und 59% der Ostbefragten äußern die Befürchtung, daß »wir bald in dem von uns produzierten Müll ersticken werden«. Die Bereitschaft noch höhere Gebühren für die Abfallbeseitigung zu zahlen, ist bei 22% im Westen und 15% im Osten vorhanden. Größer ist die Bereitschaft, in Zukunft weitere Müllfraktionen getrennt zu sammeln.

**2.6.2** Die Infrastruktur für das Recycling von Altpapier und Altglas bzw. für das Duale System ist nach Angabe der Befragten in Ostdeutschland inzwischen genauso gut ausgebaut wie in Westdeutschland. Ein West-Ost-Gefälle gibt es noch bei Sammelstellen für Sondermüll und bei der getrennten Abfuhr für Bio-Müll. Auf der Verhaltensebene hat sich das Recycling von Altpapier und Altglas im Westen und Osten fast vollständig durchgesetzt. Am seltensten werden noch immer Lebensmittelabfälle getrennt gesammelt. 21% der Befragten in Westdeutschland und 15% in Ostdeutschland geben an, sich nicht am Dualen System zu beteiligen. Die überdurchschnittlich umweltbewußten jüngeren Befragten zeigen im Westen wie im Osten ein deutlich geringeres Engagement bei der Mülltrennung .

**2.6.3** Unter vier Vorschlägen zur Bewältigung der Müllflut finden lediglich mehr gesetzliche Vorschriften für die Hersteller von Produkten eine fast ungeteilte Zustimmung (88 bzw. 90%). 37% im Westen und 50% im Osten befürworten den Bau von mehr Müllverbrennungsanlagen, und 31% im Westen und 42% im Osten akzeptieren die Einrichtung von mehr Mülldeponien. Hier läßt sich im Zeitverlauf eine Meinungsverschiebung hin zu den Mülldeponien erkennen, auch wenn Müllverbrennungsanlagen noch »Priorität« genießen.

## **7. Einstellungen und Verhalten im Bereich »Energiesparen/Wasserverbrauch im Haushalt«**

**2.7.1** Die Bereitschaft, in Zukunft den Energieverbrauch im eigenen Haushalt zu senken, ist in Ostdeutschland stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

53% der Befragten im Westen und 68% im Osten bekunden z.B. ihre Entschlossenheit, in Zukunft den Energieverbrauch in ihrem Haushalt weiter zu senken. Anders als im Einkaufs- und Konsumbereich, wo umweltfreundliche Produkte oftmals den Geldbeutel belasten, gehen im Energiebereich Ökologie und Ökonomie in der Regel Hand in Hand; dies dürfte das durchschnittlich höhere »Energiebewußtsein« der ostdeutschen Bevölkerung zum Teil erklären.



**2.7.2** Die Heizkosten machen in der Regel den größten Anteil an den Energiekosten privater Haushalte aus; hier ist zunächst zu konstatieren, daß (nach Angaben aus der Umfrage) 21 % der Haushalte im Osten - gegenüber nur 2 % im Westen - noch immer ihre Wohnung hauptsächlich mit Holz- und Kohleöfen beheizen. Im Umgang mit Heizenergie (Reduktion der Raumtemperatur über Nacht, Formen des Lüftens der Wohnung im Winter usw.) bestehen keine nennenswerten West-Ost-Unterschiede. Anders verhält es sich beim Wasserverbrauch, wo sich die Haushalte in Ostdeutschland stärker um eine Reduktion bemühen. Als ein entscheidender Faktor, der die Bemühungen um Einsparen von Energie und Wasser beeinflusst, erweist sich erwartungsgemäß der Modus der Heiz- und Wasserkostenabrechnung. Ein Abrechnungsmodus nach Verbrauch führt dazu, daß sparsamer mit Energie und Wasser umgegangen wird. Auch hier gilt für die überdurchschnittlich umweltbewußten jüngeren Befragten: Sie bemühen sich nicht häufiger, sondern seltener um eine Reduktion des Energie- und Wasserverbrauchs im Haushalt.

## **2.8 Einstellungen und Verhalten im Bereich »Auto/Verkehr«**

**2.8.1** Der Eindruck vom »Auto als Buhmann der Umweltschützer« (»Umweltschützer kritisieren viel zu einseitig immer nur die Autofahrer«) besteht bei 51 % der Befragten im Westen und 57 % im Osten. Mit 48 % bzw. 46 % geht nur knapp die Hälfte der Bevölkerung im Westen und Osten davon aus, daß in Deutschland das Auto auf jeden Fall zu den wichtigsten Umweltsündern gehört.

**2.8.2** Immerhin 23 % der Befragten im Westen und 31 % im Osten geben an, daß sie in ihrem Haushalt kein Auto haben. Fragt man weiter, ob ökologische Gründe für das Nichtvorhandensein eines Autos entscheidend seien, erweist sich, daß der Verzicht aufs Auto aus Umweltschutzgründen noch immer die Ausnahme ist. 51 % der Befragten im Westen und 48 % im Osten »haben ein Auto« in dem Sinne, daß sie regelmäßig frei über ein Auto verfügen können. Hinlänglich bekannt ist der Tatbestand, daß Frauen seltener ein Auto haben als Männer. Personen mit höherer Schulbildung verfügen häufiger über ein Auto als Personen mit geringerer Schulbildung. Altersmäßig ist es im Westen und Osten die Gruppe der über 60-Jährigen, die am seltensten über ein Auto verfügt.

Das Auto ist das eindeutig dominierende Verkehrsmittel für Ausflüge am Wochenende, für die Fahrt in den Urlaub, für die Erledigung größerer Haushaltseinkäufe und für den Weg zum Arbeitsplatz. Speziell am Beispiel der Verkehrsmittelwahl zum Arbeitsplatz läßt sich zeigen, daß der Rückgriff auf das Auto seit 1991 in Ostdeutschland deutlich zugenommen hat und daß auch in Westdeutschland eher ein Anstieg als ein Rückgang zu verzeichnen ist. Unabhängig von erheblichen Unterschieden in der »Zeitbilanz« bei Rückgriff auf verschiedene Verkehrsmittel geben die Befragten an, die Nutzung des Autos für den Weg zur Arbeit sei in hohem Maße strukturell bedingt in dem Sinne, daß die Autofahrer ihr Auto auch für Fahrten während der Arbeitszeit benötigen bzw. daß es keine adäquaten Verbindungsmöglichkeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln gibt; das »Umlenkungspotential« vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel ist unter den gegebenen Bedingungen begrenzt.

**2.8.3** Der Anteil der Bevölkerung im Westen und Osten, die sich für Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen aussprechen, ist von 1991 bis 1996 zurückgegangen, und selbst diejenigen, die für ein Tempolimit plädieren, haben ihre Vorstellungen bezüglich der Höhe des Tempolimit nach oben verändert. Mit Befürwortungsquoten von 79 % bis 91 % finden mehr Fußgängerzonen in größeren Städten und mehr Tempo-30-Zonen in Wohngebieten große Zustimmung. Die Anteile derer, die sich für eine Sperrung der Innenstadt für den Autoverkehr aussprechen, sind jedoch von 1991 bis 1996



deutlich gesunken. Lediglich 28% im Westen und 22% im Osten wären mit einer Erhöhung der Parkgebühren in größeren Städten einverstanden. Und; Dem Vorschlag, das Autofahren sollte verteuert werden, schlossen sich im Westen 1991 noch 39% an, jetzt nur noch 26%; der entsprechende Rückgang in Ostdeutschland geht von 28% auf 20%. Insgesamt scheint sich damit das Auto - trotz ausgeprägten Umweltbewußtseins - eher im »Vor- denn im Rückwärtsgang« zu bewegen.

## **2.9 Umweltwissen und Umweltengagement**

**2.9.1** Das umweltbezogene Faktenwissen der Bevölkerung wurde mit einem aus acht Fragen bestehenden »Umwelt-Quiz« zu erheben versucht; die Quoten richtiger Antworten sind unterschiedlich. Dazu drei Beispiele: 16% der Befragten im Westen und 25% im Osten wissen, daß der durchschnittliche Wasserverbrauch eines Bundesbürgers pro Tag zwischen 100 und 200 Litern liegt. 42% der West-, aber 73% der Ostbefragten wissen, daß ihr Haushalt für eine Kilowattstunde Strom 20 - 30 Pfennige bezahlen muß. Daß im Haushalt in der Regel für das Heizen die meiste Energie verbraucht wird, ist 54% der Befragten im Westen und 53% im Osten bekannt. In weiteren Analysen erklärungsbedürftig sind die Befunde, daß das (per Umwelt-Quiz erhobene) Umweltwissen bei den Frauen niedriger ist als bei den Männern und bei den Westdeutschen tendenziell niedriger als bei den Ostdeutschen.

**2.9.2** 5,6% der Befragten im Westen und 2,6% im Osten sind Mitglied einer Gruppe oder Organisation, die sich für die Erhaltung und den Schutz von Umwelt und Natur einsetzt. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Mitgliedschaft sind gering; mit zunehmendem Alter der Befragten sinkt und mit zunehmender Schulbildung steigt die Bereitschaft zur Mitgliedschaft; die Diskrepanz zu der geringeren Bereitschaft der Jüngeren, sich persönlich umweltgerecht zu verhalten, ist hier offenkundig.

Wähler/-innen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind erwartungsgemäß überdurchschnittlich häufig Mitglied einer Umweltgruppe. Auch bei der Beteiligung an sechs ausgewählten »Umweltaktivitäten« (Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, Demonstration, Geldspende usw.) fällt das Engagement der Befragten in Ostdeutschland niedriger aus als in Westdeutschland.

## **2.10 Umweltpolitik: Akteure, gesetzliche Regelungen und Handlungsperspektiven**

**2.10.1** Lösungen für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten, wird am ehesten den Umweltbürgerinitiativen und den Umweltschutzorganisationen und -verbänden zugetraut. Deren »Problemlösungskompetenz« wird höher eingeschätzt als die der Umweltschutzbehörden. Unter den Parteien wird Bündnis 90/DIE GRÜNEN am positivsten beurteilt; auch Wähler/-innen von CDU/-CSU, SPD und PDS gestehen nicht ihrer eigenen Partei, sondern Bündnis 90/DIE GRÜNEN die höchste Problemlösungskompetenz zu. (Ausnahme: Wähler/-innen v. CDU/CSU im Westen)

**2.10.2** Auf einer Skala von -5 bis +5 können die Leistungen des Bundesumweltministeriums in allen Erhebungen seit 1991 beurteilt werden. Die Durchschnittswerte liegen mit -0,4 stets im Minusbereich der Skala. Im Vergleich zu 1991 haben die Befragten in Westdeutschland ihre Beurteilung des Bundesumweltministeriums nur wenig geändert; die Befragten in Ostdeutschland beurteilten die Leistungen des Bundesumweltministeriums 1991 mit +0,3; 1996 hingegen mit -0,4. Demnach ist hier die



Zufriedenheit mit dem Bundesumweltministerium im Zeitverlauf zurückgegangen und hat sich der Sicht im Westen angeschlossen.

**2.10.3** Der Aussage, daß die Umweltschutzgesetze in Deutschland im großen und ganzen ausreichen, stimmen 31% im Westen und 32% im Osten zu. 16% der Befragten im Westen und 11% im Osten sind von einer hinreichenden Überwachung der Gesetze überzeugt. Beispielhaft wurde die Einschätzung der Umweltschutzgesetzgebung noch am Fall der Gentechnik konkretisiert: Rund zwei Drittel der Bevölkerung halten die Entwicklung im Bereich der Gentechnik für gefährlich (68% im Westen und 61% im Osten), und nur 11% im Westen und 9% im Osten haben die Einschätzung, daß der Staat in diesem Bereich genug tut bzw. getan hat, um die Sicherheit und die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

**2.10.4** Von den Befragten im Westen bekunden 21% und im Osten 13%, daß sie zur Zahlung höherer Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz bereit wären (wenn sichergestellt wäre, daß diese direkt dem Umweltschutz zugute kämen). Also auch bei dieser abstrakten Frage eine geringe Bereitschaft, für den Umweltschutz mehr Geld auszugeben.

**2.10.5** Zum Schluß noch die Frage nach 2 Schlagworten, die die umweltpolitische Diskussion zumindest in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren beherrschten: Ökologische Steuerreform und Nachhaltige Entwicklung.

30% der Befragten im Westen und 24% im Osten geben die Antwort, von der Diskussion um eine ökologische Steuerreform schon gehört zu haben. Vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses erscheinen Befragungstudien, die berichten, daß x-Prozent der Bevölkerung die Öko-Steuer befürworten und y-Prozent ablehnen, in hohem Maße fragwürdig. Jeder ernsthafte Versuch, die Meinung der Bevölkerung zur Öko-Steuer zu ergründen, muß zunächst einmal von dem Faktum ausgehen, daß bislang mehr als zwei Drittel der Bundesbürger/innen von der Diskussion über die entsprechende Problematik schlichtweg noch nichts oder nur sehr wenig mitbekommen haben.

Noch weniger allgemeine Verbreitung in der Bevölkerung hat bislang die Nachhaltigkeits-Debatte erreicht. Lediglich 11% im Westen und 7% im Osten geben die Auskunft, daß ihnen der Begriff der nachhaltigen Entwicklung schon einmal begegnet ist; die verbleibenden 89% bzw. 93% reagieren mit »nein« oder »weiß nicht«. Will man tatsächlich – in welcher Form und Spezifikation auch immer – das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als politisches Leitbild etablieren, bedarf es mithin wohl noch beträchtlicher Bemühungen und Anstrengungen.

Die beiden Befunde zur ökologischen Steuerreform und zur nachhaltigen Entwicklung machen deutlich, daß – trotz einer hohen ökologischen »Grundsensibilisierung« – die ökologische Insider-Diskussion am Großteil der Bevölkerung weitgehend vorbeiläuft. Nimmt man den Gesamteindruck aus mehreren Einzelbefunden der voranstehenden Ausführungen hinzu, daß die Thematik des Umweltschutzes als gesellschaftspolitisches Problemfeld aktuell nicht gerade im Vordergrund des Interesses der Bevölkerung steht, bewegt sich die notwendige Informations- und Aufklärungsarbeit zweifellos auf einem schwierigen Terrain.



## *Umweltbewußtsein in Deutschland - Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 1996*

---

### *Autorin*

Dr. Herlind Gundelach, Leiterin des Referats »Gesellschaftspolitische Grundsatzfragen« im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn.

\*\*\*\*\*

Die Zeitschrift »Umwelt-Magazin« (August/September 1996, S. 10) kommentiert die Studie in dem folgenden Artikel:

### UMWELTBEWUSSTSEIN

#### **»Blechen für die Umwelt - nein danke!**

Bonn - Beim eigenen Geldbeutel hört bei vielen der umweltschutz auf. Dieser lapidare Satz ist nur eine der Aussagen einer repräsentativen Umfrage zum Umweltbewußtsein der Deutschen. Die im Juli dieses Jahres von Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel in Bonn vorgestellte Studie führt dazu aus: Nur 37% im Westen und 27% im Osten würden mehr Geld für umweltschonende Produkte ausgeben. Hö-

here Müllgebühren würden sogar nur 22% der Westdeutschen und 15% der Ostdeutschen hin-nehmen. Weiterhin wären nur 21% der »Wessis« und 13% der »Ossis« bereit, höhere Steuern und Abgaben für einen verbesserten Umweltschutz zu zahlen. UmweltMagazin berichtet ausführlich über die Umfrage in einer der folgenden Ausgaben.